Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Salzburger Erklärung

Charta für den Schutz unserer Wälder und die Selbstbestimmung über die Waldbewirtschaftung in Österreich und Bayern

unterzeichnet von den politischen Vertretern des ländlichen Raumes in Bayern und Österreich,

Frau Staatsministerin Michaela Kaniber und

Herrn Bundesminister Norbert Totschnig

Unsere Wälder, Wiesen, Weiden, Almen, Flüsse, Berge und Seen, unsere einzigartige Kulturlandschaft sind die Lebensgrundlage der Menschen in unseren Regionen. Unsere gemeinsame Heimat wird von den Bäuerinnen und Bauern, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern mit viel Arbeit, Fleiß und Kraft gestaltet und erhalten. Der im internationalen Vergleich herausragende Zustand der österreichischen und der bayerischen Wälder ist dieser jahrhundertelangen verantwortungsvollen und nachhaltigen Arbeit unserer Waldbesitzer und Bauern zu verdanken. Unsere Wälder sichern alleine in Österreich und in Bayern entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz insgesamt 480.000 Arbeitsplätze bei einer Wertschöpfung von mehr als 44 Milliarden Euro jährlich.

Auch in Zukunft brauchen wir gesunde, vitale und zukunftsfähige Wälder, um deren Leistungen durch unsere traditionelle, aktive und nachhaltige Bewirtschaftung für unseren gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum, aber vor allem auch für künftige Generationen sicherzustellen. Dies gilt für unseren heimischen Rohstoff Holz genauso wie für Energie, sauberes Wasser, Sicherheit vor Hochwasser, Lawinen, Muren und die Erholung.

Damit Bayern und Österreich weiterhin lebenswerte und wertvolle Regionen bleiben, müssen Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Verantwortung dafür liegt – und das ist in den Regionen selbst. Dieses grundlegende Prinzip der Union ist unter dem Begriff Subsidiarität zusammengefasst und muss wieder verstärkt den unionsrechtlichen Rahmenbedingungen zugrunde gelegt werden. Denn Gruppen ohne direkte Verantwortung für die Menschen in unseren Regionen und ohne Bezug zu unserer Waldbewirtschaftung können und dürfen nicht darüber bestimmen, wie wir zu leben haben. In Brüssel müssen durch Verordnungen und Richtlinien jene gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Freiheit und Selbstbestimmung fördern und sich an vorbildhaften Regionen wie Österreich und Bayern orientieren.

Wir können unsere Wälder für unsere Kinder und Enkel nur erhalten, wenn sie auch künftig aktiv bewirtschaftet und gepflegt werden. Genau das konterkariert aber die derzeitige EU-Politik durch völlig falsche Vorgaben und Weichenstellungen. Denn sie ist einseitig darauf ausgerichtet, Forstwirtschaft und Holznutzung zu behindern und die Wälder sich selbst zu überlassen. Sie setzt auf Ideologie statt auf Fakten und auf Bevormundung statt auf Vertrauen.

Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Denn sie ist ein Bärendienst für den Klimaschutz und für den Erhalt unserer lebenswerten Heimat. Und sie ist letztlich in ihrer Einseitigkeit gegen die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Wohlstandssicherung der Menschen gerichtet.

- Sie gefährdet Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfungsketten und die Versorgung mit dem klimafreundlichsten aller Rohstoffe – unserem heimischen Holz.
- Sie will die Entwaldung in der Welt bekämpfen (EUDR) und setzt dafür die Zukunft unserer eigenen heimischen Wälder aufs Spiel – indem sie ein „Bürokratiemonster" schafft, das den dringend notwendigen Aufbau und die Pflege klimafester Wälder ausbremsen wird.
- Sie gefährdet damit unsere Heimat, unsere Lebensgrundlagen, unsere Lebensräume und letztlich sogar die Biodiversität, der sie sich so einseitig verschrieben hat.

Wir fordern eine europäische Politik, die unseren Waldbesitzern bei der aktiven und nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege ihrer Wälder unter die Arme greift. Eine Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit im Glauben an die europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Eine Politik, die sich am Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert. Nur mit den Waldbesitzern und nicht gegen sie sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Es ist Zeit für einen Kurswechsel:

- Dafür müssen die **Waldbesitzer mit am Tisch** sitzen. Wir fordern daher eine umfassende Einbindung im Rahmen eines **strukturierten Dialogs** für **die aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung** und ein klares Bekenntnis der Europäischen Kommission, dass Entscheidungsprozesse dahingehend optimiert werden müssen.
- Um **kurzfristig** auch **weitere Belastungen abzuwenden,** muss umgehend eine **Revision der Entwaldungsverordnung** vorgelegt werden. Unklarheiten und Rechtsunsicherheiten müssen rasch ausgeräumt werden, damit diese Verordnung nicht zu einem Belastungspaket für die Forstwirtschaft wird. Die Eindämmung der globalen Entwaldung und Waldschädigung kann nicht mit bürokratischer Schikane **gegen** die vielen **Waldeigentümer** in Österreich und Bayern erreicht werden.

Salzburg, am 8. März 2024

Michaela Kaniber

Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Norbert Totschnig

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft der Republik Österreich